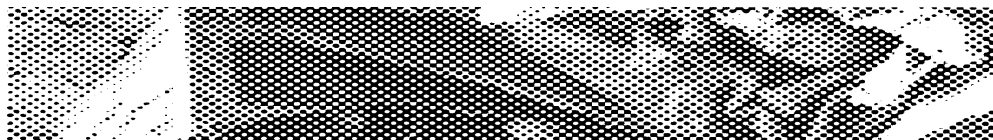


# Salzkörner /Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft



9. Jg., Nr. 5, 31. Oktober 2003

## **Orientierung verpflichtet**

Dass dem Sozialstaat seine Bewährungsprobe noch bevorsteht, war eine der weitsichtigen Erkenntnisse des Gemeinsamen Sozialworts Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Dass wir inzwischen in diese Bewährungsprobe eingetreten sind, zeigen die aktuellen Reformdebatten. Dass die notwendigen Diskussionen aber bei einigen Politikern mit so wenig Orientierung, mit so viel Gift ( Ende der Sozialdemokratisierung der CDU, Abschied von der katholischen Soziallehre), vielleicht auch mit so wenig Gedächtnis geführt wird, das ist für viele, die sich im Konsultationsprozess für das Gemeinsame Wort engagiert haben, dann doch eine Überraschung.

Gerade in dieser Bewährungsprobe gilt es, sich an das Sozialwort zu erinnern. An die vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten, die das verpflichtende Kriterium für unser Handeln ist. An die Perspektive unserer christlichen Ethik, aus der heraus alles Handeln in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden muss, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt. An die Verpflichtung, Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

Sicher werden wir in der Bewährungsprobe der kommenden Monate und Jahre manche Fehlentwicklung korrigieren, auch manches System wechseln müssen. Sicher wird auch mancher Besitzstand nicht haltbar sein. Nicht verlieren sollten wir jedoch den Orientierungspunkt, der uns auch in schwieriger Zeit die Richtung weist: die Verpflichtung auf Solidarität, Subsidiarität und soziale Gerechtigkeit.

Stefan Vesper

## **Inhalt**

<b>Pflege hat Zukunft</b>	
<b>Ausbildung qualifizieren und auf neue Anforderung ausrichten</b>	
<b>Ursula Monheim</b>	<b>2</b>
<b>Pisa und die Folgen</b>	
<b>Wesentliche Fragen der Bildungsreform</b>	
<b>Annette Schavan</b>	<b>4</b>
<b>Vom Blick fürs Wesentliche</b>	
<b>Agrarpolitik muss Teil der Gesellschaftspolitik werden</b>	
<b>Christa Nickels</b>	<b>6</b>
<b>Die rechte und die linke Hand</b>	
<b>Verpasste Entwicklungsrunde in Cancún</b>	
<b>Barbara Krause</b>	<b>8</b>
<b>Katholische Soziallehre ade?</b>	
<b>Ein scheinbares Dilemma der CDU</b>	
<b>Hermann Kues</b>	<b>9</b>
<b>Medizinische Nichtwissenskenntnis</b>	
<b>Genetische Diagnostik im ethischen Disput</b>	
<b>Dietmar Mieth</b>	<b>11</b>

Diese und alle bereits erschienenen Ausgaben der Salzkörner seit Juni 1999 finden Sie auch unter:  
[www.zdk.de/salzkoerner/](http://www.zdk.de/salzkoerner/)

Informationsdienst des Zentralkomitees der deutschen Katholiken ZdK · Herausgeber: Dr. Stefan Vesper  
Redaktion: Theodor Bolzenius und Michael Mager · Anschrift: Zentralkomitee der deutschen Katholiken ZdK · Hochkreuzallee 246,  
53175 Bonn-Bad Godesberg · Tel.: 0228/382970 · Fax: 0228/3829744 · Homepage: <http://www.zdk.de> · E-Mail: [info@zdk.de](mailto:info@zdk.de)  
Nachdruckfrei/Belegexemplare erbeten

### Pflege hat Zukunft

**Ausbildung qualifizieren und auf neue Anforderung ausrichten**

*Mit der Verabschiedung der Gesundheitsreform im Bundesrat ist ein überparteilicher Konsens zugunsten eines zukunftsfähigen Gesundheitssystems in Deutschland gefunden. Zweifel sind jedoch angebracht, ob diese Reform in ausreichendem Maße die Brisanz der demographischen Entwicklung berücksichtigt. Ohne konsequente Maßnahmen droht nämlich im Bereich der Pflege nicht mehr der Notstand, sondern der Kollaps. Was kann und was muss getan werden?*

Die demographische Entwicklung in Deutschland ist Thema zahlreicher Publikationen und Diskussionen; die Brisanz dieser Entwicklung zeigt sich nirgends so deutlich wie im Bereich der Pflege. Unsere Gesellschaft schrumpft und wird zugleich immer älter. Vor allem die Zahl der Hochbetagten wird in den nächsten Jahren deutlich wachsen. Derzeit leben in Deutschland drei Millionen Menschen, die 80 Jahre und älter sind, das sind 3,6 Prozent der Bevölkerung: In zwanzig Jahren wird ihre Zahl auf über fünf Millionen bzw. 6,3 Prozent steigen.

Mit zunehmendem Alter wächst das Risiko der Pflegebedürftigkeit: Während bei den 60- bis 80-Jährigen nur etwa fünf Prozent pflegebedürftig sind, steigt der Anteil Salzkörner, 31. Oktober 2003 bei den über 80-Jährigen auf 20 Prozent; der Vierte Bericht zur Lage der älteren Generation spricht hier sogar von 32 Prozent. Mit dem höheren Lebensalter nehmen Erkrankungen und Einschränkungen zu mit einer deutlichen Verschiebung hin zu demenziellen und gerontopsychiatrischen Veränderungen.

Der Bedarf an professioneller Hilfe nimmt vor allem in der Altenpflege zu, und zwar nicht nur in den stationären Einrichtungen, sondern auch im ambulanten Bereich, der an Bedeutung gewinnt. Während hier die Pflegeaufgaben noch weitgehend von Angehörigen – meist Ehefrauen, Töchtern und Schwiegertöchtern – wahrgenommen werden, wird in Zukunft die Nachfrage steigen aufgrund der sich ändernden Familienstrukturen. Auch die zunehmend geforderte Mobilität der Arbeitskräfte wird

**Ursula Monheim MdL, Mitglied des ZdK und der Enquête-Kommission Situation und Zukunft der Pflege in NRW des dortigen Landtags**

die Pflegemöglichkeiten innerhalb der Familie einschränken.

Auf diese Entwicklung sind wir nicht vorbereitet, es besteht dringender Handlungsbedarf: Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung in Köln fehlen bundesweit rund 42.000 Fachkräfte in Krankenhäusern, bei mobilen Diensten und vor allem in Altenheimen. Demgegenüber gibt es nur 18.000 arbeitssuchende Pflegefachkräfte. Hinzu kommt, dass den veränderten Anforderungen im Bereich der Ausbildung bislang nur unzureichend Rechnung getragen wird.

#### *Pflege braucht Zeit*

Wir benötigen ein umfassendes Verständnis von Pflege. Ein Bild von Pflege – wie es dem Pflegeversicherungsgesetz zugrunde liegt –, das mit dem überholten Begriff von Grundpflege bezeichnet wird und aus einigen Hilfen bei ausgesuchten körperbezogenen Aktivitäten besteht, reicht nicht aus, um das Ziel eines möglichst selbstständigen und selbst bestimmten Lebens in Würde auch bei Pflegebedürftigkeit zu sichern. Pflege braucht menschliche Beziehung zwischen dem Pflegebedürftigen und dem Pflegenden – und das heißt: Pflege braucht Zeit. Ohne ausreichende Zeit können auch aktivierende und rehabilitative Potenziale der Pflege nicht ausgeschöpft, die Fähigkeiten und die Eigenverantwortung des Pflegebedürftigen zu wenig genutzt werden.

Unterschiedliche Faktoren sind dafür verantwortlich, dass wir dort, wo Pflege notwendig ist, so viele unzulängliche Verhältnisse vorfinden, dass pflegebedürftige Menschen vernachlässigt werden, dass Pflegefachkräfte so schnell ausbrennen, weil die täglich erlebte Wirklichkeit den beruflichen Vorstellungen und dem eigenen Anspruch nicht entspricht. Was ist zu tun?

#### *Zu geringe gesellschaftliche Anerkennung*

Experten sind sich einig, dass die belastenden Arbeitsbedingungen und die zunehmende Bürokratisierung wesentliche Gründe für den Fachkräftemangel in der Pflege sind. Hinzu kommt die viel zu ge-

ringe gesellschaftliche Anerkennung, die den hohen Anforderungen in keiner Weise gerecht wird. Auch negative Berichterstattung in den Medien über Missstände vor allem in den Pflegeheimen schrecken junge Menschen ab.

### *Neuorientierung der Ausbildung notwendig*

Es ist eine vordringliche Aufgabe, den Pflegeberuf attraktiver zu machen, damit junge Menschen bereit sind, jetzt und in Zukunft diesen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag zu übernehmen. Dazu gehört neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen eine Neuorientierung der Ausbildung. Einige Hinweise:

- Viele Fachkräfte und Praktiker halten eine gemeinsame (Grund-) Ausbildung für die Alten- und Krankenpflege für einen sinnvollen Weg. Damit eröffnen sich mehr Entwicklungschancen. Es müssen darüber hinaus vor allem im Bereich der Altenpflege mehr Möglichkeiten der Qualifizierung bis hin zu einem pflegewissenschaftlichen Studium gegeben sein. Eine breite Qualifikation fördert das Vertrauen in die pflegerische Versorgung.
- Es gibt Forderungen nach mehr Fachwissen in den Bereichen BWL, EDV sowie Qualitätsmanagement.
- Eine realitätsnähere Ausbildung ermöglicht, frühzeitig die eigene Eignung und Belastbarkeit zu testen.
- Sehr wenig Aufmerksamkeit erhält bislang auch die integrative Bedeutung gerade der Pflegeausbildung für zugewanderte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Diese Ausbildung spielt hier für die berufliche und damit auch gesellschaftliche Integration eine große Rolle. Ohne die vielen hoch motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, wäre der heutige Pflegestandard nicht aufrecht zu erhalten.
- Eine höhere Qualität wird gefordert bei der Vermittlung medizinisch-pflegerischer Themen. Hier muss ergänzend geforscht werden. Zu wenig ist bekannt über die Entstehung von Pflegeabhängigkeit, um vorbeugend tätig werden zu können, denn Pflegebedürftigkeit ist oft

kein unabwendbares Schicksal, sondern häufig eine Verkettung fehlender oder falscher Hilfen.

- Ein besonderer Stellenwert kommt der Vermittlung sozialer Kompetenz zu: Wie kann eine professionelle Pflegebeziehung aufgebaut werden? Wie kann Nähe und Distanz gelernt und richtig angewandt werden, damit auch bei hoher Abhängigkeit die Integrität und Würde des Pflegebedürftigen gewahrt bleibt?
- Die Umstrukturierung des Pflege- und Gesundheitswesens, Abbau stationärer Versorgungseinrichtungen und Ausbau ambulanter Versorgung stellt hohe Anforderungen, auf die vorbereitet werden muss. Hier treffen Pflegenden auf völlig andere Organisationsstrukturen und Finanzierungsgrundlagen als im stationären Bereich. U. a. kommt der Beratung, Anleitung und Unterstützung der in diesen Feldern hauptsächlich pflegenden Angehörigen und Bezugspersonen eine besondere Bedeutung zu. Notwendig ist eine Vernetzung verschiedener Versorgungsangebote, um Angehörige vor Überbelastung zu schützen vor allem ein Ineinandergreifen der professionellen Pflege und der informellen Pflege der Angehörigen.

Dies sind nur wenige Anmerkungen zu einer notwendigen Qualifizierung der Ausbildung, damit Pflegekräfte den schwierigen Aufgaben nicht nur im stationären Bereich, sondern gerade auch im ambulanten Bereich gewachsen sind. Das Bundesaltenpflegegesetz, das am 01.08.2003 in Kraft getreten ist, bietet die Chance, den Ausbildungsgang bedarfsgerecht und attraktiv zu gestalten.

### *Was ist uns eine menschenwürdige Pflege wert?*

Alle Bemühungen um gut ausgebildetes und motiviertes Personal, um eine Verbesserung der Pflege und Sicherung von Qualität sind verbunden mit der Frage der Finanzierbarkeit. Diese Frage steht aktuell im Fokus der politischen Auseinandersetzung. Sie ist eine Frage an unsere Gesellschaft, was uns eine menschenwürdige Pflege wert ist. Diese Debatte wird kaum geführt, von einem Konsens sind wir weit entfernt. Doch dieser Konsens ist für die Zukunft der Pflege, für die Pflegebedürftigen und die Pflegenden, unerlässlich.

Ursula Monheim

## Pisa und die Folgen

### Wesentliche Fragen der Bildungsreform

*Bildung ist nicht schon das, was sich messen lässt. Gleichwohl gibt es Voraussetzungen für den Erfolg von Bildungsprozessen, für die die empirische Bildungsforschung Instrumente entwickelt hat, die Informationen über Erfolg und Misserfolg im Zugang zur Bildung geben. Das ist das Thema der vorliegenden internationalen Vergleichsstudie Pisa.*

Mit dem Beschluss der Kultusministerkonferenz 1997 in Konstanz beteiligen sich die Bundesländer an internationalen Vergleichsstudien. Bildungspolitik erhält damit in einem wichtigen Segment, bezogen auf grundlegende Kulturtechniken und soziokulturelle Bedingungen der Bildung, ein empirisches Fundament. Das ist ein Fortschritt in der Bildungspolitik, der Wege zur Verbesserung der Vergleichbarkeit im Zugang zur Bildung aufzeigt und Impulse zur Verbesserung der Lernkultur in den Schulen setzt.

### Differenzierter Umgang mit Studien

Chancen, die damit verbunden sind, werden allerdings gefährdet, wenn mit festgestellten Schwächen jeweils der Eindruck erweckt wird, als müsse die Schule neu erfunden werden. Der bildungspolitische Umgang mit empirischen Vergleichsstudien muss so differenziert sein wie die Studie selbst. Die Veröffentlichung von Deutungen der gleichen Daten aus dem Jahre 2000 in drei Etappen hat eine differenzierte Diskussion nicht erleichtert. Es waren damit für einzelne Länder in Deutschland durchaus je nach Deutungsschicht unterschiedliche Botschaften verbunden. Das birgt die Gefahr virtueller Debatten und muss deshalb verbessert werden.

### Nicht Schlechtreden

Das Schlechtreden schulischer Arbeit ist ebenso schädlich wie die Schönfärberei. Die Lehrerinnen und Lehrer aller Schulen in Deutschland können von uns erwarten, dass wir ihre Bemühungen in den Reformprozessen auch positiv wahrnehmen und Fortschritte und Stärken öffentlich genauso benennen, wie wir uns mit den Schwachstellen beschäftigen. Diese sind allerdings Anlass zu einer tiefgreifenden Bildungsreform. Sie kann nur gelingen, wenn wir uns auf die wirklich wesentlichen Fragen des Reformprozesses konzentrieren.

**Dr. Annette Schavan, Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg, Vizepräsidentin des ZdK**

### Keine Strukturdebatte

Unter den 16 Ländern bestand zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der internationalen Pisa-Studie Konsens darüber, dass die Antwort auf die Studie keine Strukturdebatten sein werden. Es zeigt sich im internationalen Vergleich, dass integrative wie gegliederte Schulsysteme ihre je eigenen Nachfolgeprobleme zu bewältigen haben. Eine Schulstruktur ist noch nicht in sich erfolgreich oder erfolglos. Für das gegliederte Schulwesen in Deutschland heißt dies, dass vor allem Wege zur Durchlässigkeit zwischen unterschiedlichen Schularten notwendig sind. Die nationale Pisa-Studie zeigt, dass Länder, in denen integrative Systeme in Form von Gesamtschulen existieren, insgesamt schlechter abschneiden als solche Länder, die ausschließlich im gegliederten Schulwesen geblieben sind. Ähnliches gilt für den Vergleich zwischen 4- und 6-jährigen Grundschulen. Auch hier haben Untersuchungen einen Qualitätsvorsprung jener Länder gezeigt, die die 4-jährige Grundschule haben. Wo schon bislang bewusst Instrumente für mehr Durchlässigkeit geschaffen wurden, zeigt sich, dass die Entscheidung nach Klasse 4 für eine Schulart nicht schon die Entscheidung für einen bestimmten Bildungsabschluss, vielmehr die Entscheidung für ein bestimmtes Lern- und Schulkonzept ist.

### Wesentliche Fragen

Jenseits der letztlich nicht zielführenden Strukturdebatten sind es andere wesentliche Fragen, denen wir uns im jetzigen Reformprozess zu stellen haben. Diese wesentlichen Fragen beziehen sich: auf eine Stärkung des frühen Lernens und damit verbundene gute Verbindung zwischen dem vorschulischen Bereich und der Grundschule; auf verbesserte Lernstrategien, die Bildungsinhalte ebenso betreffend wie methodische und didaktische Fragen; auf Bildungsstandards und deren Evaluation, die eine größere Vergleichbarkeit zwischen den Schulen und den Ländern in Deutschland ermöglichen; auf die Frage nach der Gerechtigkeit beim Zugang zur Bildung; auf verbesserte Wege der Integration für Migranten.

### Stärkung des frühen Lernens

Die Stärkung des frühen Lernens betrifft den vorschulischen Bereich ebenso wie die Grundschule. Die Hirnforschung hat uns in den vergangenen Jah-

ren wichtige Erkenntnisse über Kompetenzentwicklung und Lernen in frühen Jahren geliefert. Es ist deshalb sinnvoll, in den kommenden Jahren bisherige vereinzelte Bemühungen in den Kindergärten weiterzuentwickeln zu einem Erziehungs- und Bildungsplan für die Jahre unmittelbar vor dem Schulbeginn. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Sprachentwicklung. Sprache ist nach allem, was wir aus der Pisa-Studie wissen, der Schlüssel für den schulischen Erfolg. Damit ist zugleich eine wesentliche Quelle für Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit benannt. Jedes Kind muss am Schulbeginn die Chance eines altersgerechten Umgangs mit der deutschen Sprache haben. Dazu muss im vorschulischen Bereich die Möglichkeit angeboten werden, die Sprachentwicklung aller Kinder zu überprüfen und bei festgestellten schwerwiegenden Defiziten zu einer nachhaltigen Sprachförderung zu kommen. Das wird auch die Arbeit in den Grundschulen stabilisieren.

### *Verbesserte Lernstrategien*

Die Pisa-Studie hat auf Defizite in der Unterrichtskultur aufmerksam gemacht. Vieles wird gelernt, ohne richtig verstanden und angewandt werden zu können. Wir brauchen eine Verschlinkung der Lehrpläne hin zu einem Kerncurriculum und damit verbundene Bildungsinhalte, die den Prozess des Verstehens von Zusammenhängen und den Weg zur Anwendung befördern. Das betrifft didaktische und methodische Fragen, die wiederum in einer weiterentwickelten Lehrerbildung eine Rolle spielen müssen.

### *Bildungsstandards*

Die nationale Pisa-Studie hat ein dramatisches Nord-Süd-Gefälle zwischen den Ländern gezeigt. Vergleichbarkeit ist damit nicht gegeben, übrigens auch nicht in der Bewertung von gleichen Schülerleistungen. Deshalb müssen die Prozesse zu mehr Selbstständigkeit unserer Schulen gekoppelt werden mit standardsichernden Maßnahmen. Dazu gehören die in der Kultusministerkonferenz vereinbarten Bildungsstandards sowie die damit verbundenen Evaluation, die uns Informationen über die Wirksamkeit des Unterrichts ermöglicht. Dazu gehören ebenso standardbildende vergleichbare zentrale Prüfungen, vor allem zum Abschluss der Schulzeit.

### *Gerechtigkeit beim Zugang*

Die Pisa-Studie hat gezeigt, dass der Zugang zur Bildung in Deutschland stärker von der Herkunft ge-

prägt ist als in anderen Ländern. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, hier zu Verbesserungen zu kommen, die sich vor allem auf die bessere Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Schularten als zentraler Modernisierungsstrategie beziehen. In diesem Zusammenhang wird allerdings auch zu fragen sein, warum in Gesamtschulen das Problem noch weniger gelöst ist denn in den streng gegliederten Schulsystemen in Deutschland.

### *Verbesserte Integration für Migranten*

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist in Deutschland hoch. Die Integration ist in den 16 Ländern sehr unterschiedlich gelungen. Dies macht Vergleiche der bisherigen Förderkonzepte notwendig. Die Integration dieser Schülergruppe muss insgesamt besser gelingen, das heißt möglichst früh beginnen.

### *Verstärkte Erziehungspartnerschaft*

Die Veröffentlichung der Pisa-Studie in ihren drei Deutungsschichten hat in Deutschland zu erregten Debatten geführt. Darin liegen Chancen und Versuche. Wenn die Debatte dazu führt, dass unserer Gesellschaft insgesamt eine höhere Sensibilität für die Erfordernisse der Bildung entwickelt, so wäre das gut. Dazu gehört übrigens auch die Stärkung von Erziehung. Hier ist eine verstärkte Erziehungspartnerschaft zwischen Familie und Schule wichtig. Bildung beginnt nicht erst in der Schule und auch nicht erst im Kindergarten. Im Blick auf die Sprachentwicklung sind die ersten Lebensjahre von großer Bedeutung.

Aktivismus zur Beruhigung der Öffentlichkeit bringt uns nicht weiter. Länder, die in der internationalen Pisa-Studie gut abgeschnitten haben, sind bereit gewesen zu kontinuierlichen Entwicklungen über viele Jahre. Es gibt in diesem Zusammenhang keine raschen Erfolge, gleichwohl aber die Notwendigkeit, die richtigen Weichenstellungen im Blick auf die wesentlichen Fragen auch konsequent vorzunehmen. Dazu gehört auch, keine Verengungsgeschichten in dem Sinne zu schreiben, dass unter Bildung nur noch verstanden wird, was sich messen lässt. Das gilt es zu berücksichtigen, wenn wir jetzt an Bildungsstandards arbeiten. Es geht um Kenntnisse und Fertigkeiten, um besseres Verstehen und Erfahrungen, die dann auch zu besserem Wissen führen. Es geht um Orientierung von Urteilskraft und den Erwerb von schulischem Wissen, das auch Zusammenhänge erkennen lässt.

Annette Schavan

## Vom Blick fürs Wesentliche

**Agrarpolitik muss Teil der Gesellschaftspolitik werden**

*In der einen oder anderen Form ist jeder von uns schon einmal damit konfrontiert worden: mit den Butterbergen und Milchseen, den Fleisch- und Gemüsebergen, die durch übersteigerte Produktion in der Europäischen Union in den vergangenen Jahren periodisch produziert werden. In nicht unerheblichem Maße ist ihr Entstehen Folge der Erfahrung von Hunger und Nahrungsmittelknappheit, die in Europa während und nach dem Zweiten Weltkrieg viele Menschen heimgesucht haben. Vielleicht auch deshalb sind die Berichte über eine derart maßlose Überproduktion für die Wenigsten noch wirklich schockierend.*

Inzwischen haben wir unsere Erfahrungen mit noch ganz andersartigen Skandalen gemacht, die jene Berichte über Butterberge und Milchseen in ihren Folgen für den einzelnen Menschen scheinbar bei weitem übertreffen: BSE-Krise und Futtermittelskandal haben das Verbrauchervertrauen tief erschüttert.

### Verdrängungswettbewerb

Eine wichtige Ursache für die Überproduktion auf dem Lebensmittelmarkt ist der stetig steigende Druck, den Lebensmittelkonzerne auf landwirtschaftliche Betriebe ausüben. Um zu überleben, bleibt den Landwirtinnen und Landwirten nichts anderes übrig, als auf ihren begrenzten Flächen immer mehr zu immer geringeren Preisen herzustellen. Die Folge ist ein enormer Verdrängungswettbewerb, der dazu führt, dass seit 1960 mehr als zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland aufgegeben werden mussten. Insbesondere die kleineren Betriebe, die diesem Preisdruck ausgesetzt sind, haben mit enormen sozialen Härten zu kämpfen. Immer weniger junge Menschen sehen in der Landwirtschaft eine berufliche Zukunft. An-

**Christa Nickels MdB, Sprecherin des Sachbereichs Umwelt und Technik des ZdK**

ders als früher werden die Höfe häufig nicht mehr an die nachfolgende Generation weitervererbt.

### Globale Krise der Landwirtschaft

Die Krise der Landwirtschaft ist aber nicht allein ein nationales oder europäisches Problem, sondern ein globales: Durch die drohende globale Erwärmung in den erdnahen Schichten der Atmosphäre und der Erdoberfläche, die nach Angaben der Vereinten Nationen bei etwa zwei Grad Celsius (in einem Zeitraum zwischen 1990 und 2100) liegen wird, werden sich die Voraussetzungen für den Anbau von Nahrungsmitteln in den nächsten Jahren dramatisch verändern. Zwar wird diese Erwärmung für einige Regionen positive Effekte mit sich bringen, aber in vielen Teilen der Erde, in denen bereits heute unzureichende Klima- und Bodenverhältnisse bestehen, wird sich die Lage noch weiter zuspitzen. Bereits heute sind fast 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen der Erde durch Erosion, Wüstenbildung oder Versalzung bedroht, der größte Teil davon in den Entwicklungsländern. Ein besonders gravierendes Problem, das sich sogar noch zu verschärfen droht, ist die Verknappung von Wasser, insbesondere von Trinkwasser.

### Entfremdung

Worin aber liegt der eigentliche Grund für die Krise der Landwirtschaft? Natürlich hat die Landwirtschaft viele Probleme selbst verursacht etwa die Überdüngung der Böden. Vor allem aber hat sich in unserer Gesellschaft der Umgang mit Lebensmitteln stark gewandelt. Lebten die Menschen früher sozusagen von der Hand in den Mund, so durchlaufen landwirtschaftliche Produkte oftmals einen langen Weg der Weiterverarbeitung, bis wir sie endlich in die Hände bekommen. Viele Menschen haben sich dadurch der Natur, der Landwirtschaft und damit auch dem Ursprung unserer Lebensmittel entfremdet. Gemüse und Obst werden in den großen Supermärkten auf großen Wühltischen angeboten, die den Eindruck erwecken, als sei das ganze Jahr Schlussverkauf. Legen wir in anderen Bereichen

Wert auf Markenqualität, so regiert im Bereich der Lebensmittel offensichtlich das Prinzip Masse statt Klasse. Jenes Verhalten im Umgang mit Lebensmitteln hat in Industrieländern dazu geführt, dass die Bedeutung der Landwirtschaft für die Überlebensfähigkeit einer Gesellschaft völlig verkannt wird. Für viele Menschen in den Entwicklungsländern bedeutet die eigene Landwirtschaft das, was sie für eine große Zahl von Menschen in den Industrieländern noch vor wenigen Generationen gewesen ist: ein existentielles Standbein zur Sicherung des Überlebens.

### *Konferenz von Cancún*

Und so prallen dort, wo es eigentlich um die Zukunft der gesamten Menschheit gehen müsste, wie kürzlich auf der WTO-Ministerkonferenz in Cancún, schnell die unterschiedlichen Sichtweisen zusammen. Dabei wird deutlich, dass die Verhandlungsführer der Industrieländer in der Welthandelsrunde jenen Blick für das Ursprüngliche, das Wesentliche verloren haben. Das Thema Investitionsschutz darf nicht wichtiger sein als das Thema Landwirtschaft.

Hilfe für die von Armut am meisten bedrohten Länder wird von den Industrieländern oftmals nur dann gewährt, wenn jene bereit sind, eine entsprechende Gegenleistung zu erbringen, die einen wirtschaftlichen Gewinn für die Industrieländer bedeutet. Dennoch ist zu befürchten, dass denjenigen, die sich über das Scheitern der Konferenz in Cancún so ausgiebig gefreut haben, auf lange Sicht das Lachen im Halse stecken bleiben wird, wenn in Zukunft bilaterale Verhandlungen wieder an die Stelle von multilateralen Gesprächen treten sollten: Bei dieser Form der Verhandlungen sitzen die Industrieländer immer am längeren Hebel.

### *Faire Bedingungen im Welthandel*

Die Gewährung von Überlebenshilfe darf nicht an Bedingungen geknüpft werden, sie ist vielmehr unbedingte Pflicht aller Menschen. Die von der UN-Generalversammlung im Jahre 1948 verkündete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, auf die sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen so gerne berufen, spricht eine deutliche Sprache: Alle

Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. In Artikel 25 (1) wird dieses allgemein formulierte Menschenrecht konkretisiert: Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge, gewährleistet. Damit wird verdeutlicht, dass Menschenrechte im Lebensalltag eine soziale und wirtschaftliche Grundlage brauchen, wenn sie nicht zu Floskeln für Feiertagsreden verkommen sollen. Die Industrieländern müssen endlich die Märkte für landwirtschaftliche Produkte aus den Entwicklungsländern weiter öffnen und Exportsubventionen weiter abbauen. Nur so werden die Ärmsten der Armen das bekommen, was sie zum Überleben am dringendsten brauchen: Faire Bedingungen für ihre Produkte im Welthandel.

### *Mehr als ein Konsumobjekt*

Dieser Umsteuerungsprozess wird aber nur dann gelingen, wenn wir als Verbraucher in den reichen Ländern uns wieder neu die existentiellen Grundlagen unserer Konsumgewohnheiten bewusst machen. Für Christen waren Lebensmittel nie einfach nur Konsumobjekte, sondern immer auch ein Geschenk. Dies rufen wir uns in der Feier des Erntedankfestes jedes Jahr neu ins Bewusstsein, indem wir für das Geschenk der Ernte danken. Den Landwirten ist das Wissen darum, dass ein Weizenkorn in gutem Boden allein noch keine reiche Frucht bringt, nie verloren gegangen. Landwirtschaft ist keine Maschine, in die man nur die richtigen Zutaten hineinschütten muss, um am Ende ein gewünschtes Resultat zu erzielen. Selbst in unseren hoch industrialisierten Ländern bleibt Landwirtschaft immer abhängig von elementaren Naturvoraussetzungen wie Böden, Klima, Wind und Wetter. Wir sollten uns wieder jene Haltung aneignen, die dem Landwirt bis heute gegenwärtig geblieben ist: das Hoffen auf eine gute Ernte nach der Aussaat und das Staunen über das Geschenk eines reichen Ertrages.

Christa Nickels

## Die rechte und die linke Hand ...

### Verpasste Entwicklungsrunde in Cancún

*Faire Handelsbedingungen zwischen den wirtschaftlich dominanten und den schwächeren Regionen dieser Erde könnten mehr zu den Entwicklungschancen in den armen Ländern der Welt beitragen als alles, was heute unter Entwicklungshilfe firmiert. Deshalb sind die multilateralen Verhandlungen in der Welthandelsorganisation von großer Bedeutung.*

Als eine Entwicklungsrunde wurde die Welthandelsrunde bei der Ministerkonferenz der WTO im Juni 2001 in Doha angekündigt, und dies war auch der Anspruch für das Treffen in Cancún. Rückblickend hierauf stellte sich die Kohärenzfrage im Hinblick auf das Millenniumsziel der Halbierung der absoluten Armut bis zum Jahr 2015. Mit der einen Hand Armutsbekämpfung, mit der anderen Handelspolitik ist das Tun beider Hände abgestimmt oder reißt die eine ein, was die andere baut? Die deutsche Regierung hat mit ihrem Aktionsplan 2015 Instrumente der Armutsbekämpfung durchbuchstabiert angesichts kurzatmiger Interessenvertretung hat sich davon in Cancún aber wenig gezeigt. Zum Scheitern von Cancún trugen sicher mehrere Faktoren bei. Aber eine zentrale Ursache lag darin, dass entgegen aller Rhetorik im Vorfeld die Entwicklungsperspektive durch die dominanten Industriestaaten hintangestellt wurde.

### Beispiel Baumwolle

Die Länder des Südens benannten als zentrales Problem für diese Konferenz das Agrartheme, da die Subventionen für landwirtschaftliche Güter und Zollregelungen die Möglichkeiten landwirtschaftlicher Entwicklung im Süden zerstören oder erschweren. So forderten die Entwicklungsländer den Abbau der Agrarsubventionen im Norden, weil sie zu Exportdumping von Agrarprodukten und damit zum Verlust von Absatzmärkten und Lebensgrundlagen der Bauern im Süden führen.

Sehr konkret wurde das am Beispiel des Baumwollmarktes. Zur Zeit wird der Baumwollanbau im Norden massiv subventioniert: 2001/2002 mit nahezu fünf Milliarden US-Dollar. Die Beihilfen der EU für Griechenland und Spanien betragen knapp eine Milliarde US-Dollar, was zu einer Ausweitung der dafür genutzten Flächen um etwa 50 Prozent führte. In

**Prof. Dr. Barbara Krause, entwicklungspolitische Sprecherin des ZdK**

den letzten fünf Jahren ist aufgrund der subventionsgestützten Mengenzunahme der Weltmarktpreis für Baumwolle massiv eingebrochen ohne Subventionen würde er nach Berechnungen des Internationalen Baumwollkomitees statt 42 Cent 73 Cent pro Pfund betragen. In Burkina Faso macht der Erlös aus Baumwolle 60 Prozent der Exporteinnahmen aus. In allen vier Staaten der Initiative hängt an der Baumwollproduktion die Existenz von etwa 10 Millionen Menschen in kleinbäuerlichen Familien und Baumwolle ist der Motor für die Entwicklung des Landes. Ohne die Subventionierung der Produktion im Norden hätten die Afrikaner echte Wettbewerbsvorteile, da ihre Produktionskosten niedriger sind und die Qualität (handgepflückt) besser ist.

Dass bei diesem Thema kein Durchbruch erzielt werden konnte, war ein überaus deutliches Signal, dass die Freiheit des Welthandels durch die Industrieländer zwar propagiert, aber nur dort realisiert wird, wo sie den kurzfristigen eigenen Interessen dient.

### Pokern mit zusätzlichen Themen

Der andere Komplex, der schließlich die Konferenz scheitern ließ, lag in dem Insistieren auf neuen Verhandlungsgegenständen ( Singapur-Themen ), ohne dass die bisherigen zu einem Abschluss gebracht worden wären. Besonders das Thema Investitionsabkommen wurde seitens der EU und auch des deutschen Wirtschaftsministers auf die Tagesordnung zu drücken versucht, obwohl fast alle Staaten des Südens deutlich signalisiert hatten, dass die Auswirkungen dieser Themen auf die Entwicklung armer Länder noch eines Klärungsprozesses vorab bedürften.

Nachdem in der Überarbeitung des Entwurfs der Abschlusserklärung diese Themen dominierten und sich gleichzeitig in den Agrarfragen noch keine Vereinbarung abzeichnete, war die Chance auf ein Stück mehr Gerechtigkeit im Welthandel und damit auch auf einen Beitrag zum Millenniumsziel der Armutsbekämpfung vertan.

Die Aufgaben und die fairer als bisher zu lösenden Probleme bleiben. Dafür müssen aber die rechte und die linke Hand im Sinne der Leitidee Entwicklung die auch im langfristigen Interesse der Industriestaaten ist lernen, zusammen zu arbeiten .

Barbara Krause

## Katholische Soziallehre ade?

### Ein scheinbares Dilemma der CDU

*Der dramatische Rückgang der Bevölkerung und die zunehmende Lebensdauer machen ein Umsteuern im Bereich der sozialen Sicherungssysteme auch hierzulande unabdingbar. In der politischen Praxis stoßen jedoch Reformvorschläge, die weitreichende Änderungen vorsehen, schnell auf prinzipielle Ablehnung. Kritiker des Herzog-Vorschlages berufen sich auf die katholische Soziallehre und betonen, dass die Empfehlungen weder solidarisch noch gerecht seien. Leitet der Herzog-Entwurf den Abschied der CDU von der katholischen Soziallehre ein?*

Fast täglich gibt es Meldungen, dass die Entwicklung unserer Gesellschaft aus dem Ruder läuft und dass ohne die Rückgewinnung unserer Leistungsdynamik die Sozialsysteme zusammenbrechen. Vieles, was diesbezüglich in der Vergangenheit angepackt worden ist, wird von den Menschen als Flickschusterei empfunden. Wenn die Diskussion sich zudem allzu häufig auf die Logik der Zahlen beschränkt, fehlt die Perspektive, die Zielrichtung. Wie sieht das gesellschaftspolitische Leitbild aus, an dem man sich orientiert? Sind Veränderungen gerecht, haben wir dafür das Leistungspotential, wird unsere Wirtschafts- und Sozialordnung dadurch zukunftsfähig?

Vor diesem Hintergrund überrascht es schon, dass der Bericht der Herzog-Kommission Soziale Sicherheit zur Reform der sozialen Sicherungssysteme Wogen der Empörung ebenso provoziert hat wie Rufe der Zustimmung, noch bevor die meisten Menschen sich ein wirkliches Bild von den vorgeschlagenen Reformen machen konnten.

### Ohne Wachstum kein Sozialstaat

Die eigentliche Herausforderung besteht darin, wie auf die dramatische Wirtschafts- und Beschäftigungssituation in Deutschland reagiert werden soll. Ohne Wachstum, ohne Arbeitsplätze ist die Finanzierung des Sozialstaates nicht lösbar. Es ist eine offene Frage, wie wir wieder neue Leistungsfähigkeit gewinnen können, aus der sich dann auch ein neues Arbeitsvolumen ergibt. Wer gezwungen ist, lediglich immer wieder den Mangel anders zu verteilen, kommt nicht sehr weit.

Vor diesem Hintergrund reichen in der Diskussion um das Herzog-Papier Totschlagargumente ( unso-

**Dr. Hermann Kues MdB, kirchenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher für gesellschaftliche Grundfragen des ZdK**

zial ) ebenso wenig aus wie die schnelle Behauptung, die ganze Richtung verstoße gegen die katholische Soziallehre, ohne dass dieses im Einzelnen begründet wird.

### Zeitgemäße katholische Soziallehre

Die Vertreter der katholischen Soziallehre mit ihrem traditionellen Kriterienkatalog von Personalität, Solidarität und Subsidiarität haben sich in der Vergangenheit gerade dadurch ausgezeichnet, dass sie ihre Ziele unter gewandelten Umständen mit jeweils passenden Mitteln zu erreichen suchten. Das Sozialprinzip der Nachhaltigkeit ergänzt in jüngster Zeit die klassischen Prinzipien. Nachhaltigkeit oder Langzeitverantwortung bringt die Generationenverpflichtung der jetzt Lebenden ins Spiel, ihre Verpflichtung, die Lebenschancen der nachfolgenden Generationen mit in ihr Kalkül und Handeln einzubeziehen. Der Bericht der Herzog-Kommission schafft in seiner Analyse Transparenz, er beschreibt die Unvermeidlichkeit einer Reform der sozialen Sicherungssysteme und unterbreitet Vorschläge für notwendige Veränderungen im System (Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung) und zum System (Krankenversicherung, Pflegeversicherung).

### Notwendige Veränderungen im Steuersystem

Wesentliche Voraussetzung für die vorgeschlagenen Systemkorrekturen sind grundlegende Veränderungen im Steuersystem. Sie sollen neue Verteilungsspielräume für individuelle Vorsorge und Eigenverantwortung erschließen und zugleich gewährleisten, dass aus Steuermitteln ein verlässlicher Beitrag zur solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Systeme sozialer Sicherung geleistet werden kann. Angesichts dieses Vorschlages lässt sich natürlich trefflich darüber streiten, ob die Sicherung des solidarischen Ausgleichs über Steuern sozialer oder unsozialer ist als das derzeitige Umlagesystem, das Beiträge lediglich bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 3.450 Euro vorsieht.

Das Herzog-Modell ist jedenfalls ein Langzeitkonzept. Die von Herzog vorgeschlagene Umsetzung der Ablösung von Umlagefinanzierung durch Kapitaldeckung im Bereich von Gesundheit und Pflege erstreckt sich über einen Zeitraum von beinahe 30 Jahren. Mit dem angedachten Prämienmodell lassen sich, so die Überzeugung der Kommission, nicht nur die tatsächlichen Kosten, sondern auch die demographische Entwicklung abbilden. Derzeit ist es so, dass die Älteren sehr viel weniger zahlen, als sie an

Leistungen aus der Krankenversicherung erhalten. Bei den Jüngeren ist es umgekehrt. Allerdings wirft ein Systemwechsel erhebliche Finanzprobleme auf. Da den Älteren beim Übergang unzumutbar hohe Prämien drohen, schlägt Herzog den Aufbau einer Demografiereserve vor, mit der die Prämien der Älteren versicherungsmathematisch und individuell heruntersubventioniert werden sollen.

### *Senkung der Lohnnebenkosten*

Die katholische Soziallehre verlangt Beteiligungs-gerechtigkeit. Es ist zu wenig, dass der Wohlfahrtsstaat den Arbeitslosen Geld zahlt, ohne ihnen reale Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund ist es ein schlagkräftiges Argument, wenn ein Vorschlag zu einer weitreichenden Senkung der Lohnnebenkosten führt und damit die Chancen auf Erhalt und Entstehung von Arbeitsplätzen im globalisierten Wettbewerb zweifelsfrei steigert. Die Systemfrage muss gründlich diskutiert werden. Kommt man in der Kranken- und Pflegeversicherung mit einem Systemwechsel zu verlässlichen Ergebnissen, die im Endeffekt gerechter sind und die gleichzeitig die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und die Chancen auf wettbewerbsfähige Arbeitsplätze erhöhen?

Das ZdK muss es unmittelbar berühren, wenn der Herzog-Vorschlag als Abschied der CDU von der katholischen Soziallehre gekennzeichnet wird. Man muss die Vorschläge nicht alle für richtig halten. Dennoch vermag ich einen solchen Abschied im Allgemeinen nicht zu erkennen. Im Speziellen wirft die Art und Weise der Umsetzung allerdings noch viele Fragen auf. Ein mögliches Gesetzgebungsverfahren wäre entsprechend auch kritisch zu begleiten. Das ist aber in der Vergangenheit bei grundlegenden Richtungsentscheidungen nicht anders gewesen.

### *Kindererziehungszeiten berücksichtigen*

Bei der Einführung der dynamischen Rente im Jahre 1957 haben führende Vertreter der katholischen Soziallehre, Wilfried Schreiber und Oswald von Nell-Breuning, zurecht beklagt, dass ihr Modell eines Drei-Generationen-Vertrages umgesetzt wurde, ohne allerdings parallel eine Kinder- bzw. Familienkasse einzurichten, mit der die finanziellen Lasten beim Aufziehen der nächsten Generation solidarisch organisiert werden sollten. In der Rentenversicherung plädiert die Herzog-Kommission dafür, das ergänzende Standbein der Alterssicherung auf Kapitalbasis zu stärken, sie lehnt aber einen Systemwechsel zu Recht ab.

Die Balance zwischen den Generationen will sie dadurch wieder herstellen, dass der Zeitpunkt des Rentenzugangs nicht allein am Lebensalter, sondern

ergänzend an der Zahl der Beitragsjahre orientiert werden soll. Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht wird durch eine Verdopplung der zu berücksichtigenden Entgeltpunkte deutlich verbessert.

### *Eigenständige Teilhaberente fehlt*

Bei der Reform der Hinterbliebenenversorgung fehlt ein klares Signal in Richtung eigenständiger Teilhaberente von Mann und Frau. Das ZdK hat zuletzt im Jahre 2002 darauf hingewiesen, dass es klare Rahmenbedingungen für das Gelingen stabiler Partnerschaften in Ehe und Familie geben muss. Wenn die Lebensform Ehe tatsächlich auf der Kippe steht, bedarf sie unabhängig von der Kindererziehung der Anerkennung in der Alterssicherung.

Bei der Reform der Pflegeversicherung verschließt die Kommission nicht die Augen vor künftigen Entwicklungen in einer Gesellschaft, in der der Anteil älterer Menschen immer größer wird und zusätzlich der Anteil allein lebender Menschen zunimmt. Eine umfassende Pflicht zur Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit, so die Kommission, ist auch in Zukunft unverzichtbar. Es wird auch klar gesagt, dass erhebliche Mehrbelastungen anfallen, wenn ein real konstantes Niveau der Pflegeleistungen sichergestellt werden soll. Der mit Rücksicht auf die Lohnnebenkosten festgelegte konstante Beitragsatz von 1,7 Prozent wird als illusionär angesehen.

### *Weitsichtig, aber mit Ecken und Kanten*

In der grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Debatte werden immer wieder langfristige, über den Tag hinaus gehende Konzeptionen verlangt. Die Herzog-Kommission hat eines mit Ecken und Kanten und offenen Fragen vorgelegt. Die großen Herausforderungen, vor denen eine alternde Gesellschaft steht, die zudem um ihre Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit in der Welt kämpft, verbieten vorschnelle Urteile.

Es geht um Gerechtigkeit, es geht aber auch um die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Wilfried Schreiber, in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts prominenter Vertreter der christlichen Gesellschaftslehre und Namensgeber des gleichnamigen Planes zur dynamischen Altersrente, schrieb bereits 1956: Die Sicherheit des Rentenbezuges im Alter hängt in hohem Grade davon ab, ob ein Volk ein gesundes Wachstum hat oder ob es vergreist und schrumpft. In einem schrumpfenden Volk wird die Sorge um die Alten immer schwerer und schließlich unmöglich. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Hermann Kues

### Medizinische Nichtwissenskenntnis

#### Genetische Diagnostik im ethischen Disput

*Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) lobte kürzlich in überschwänglichen Worten die großen Erfolge im Bereich der Gentechnik, zu deren Anwendungsmöglichkeiten auch der Bereich der prädiktiven genetischen Diagnostik gehört. Noch vor Ausbruch klinischer Symptome ist es mit dieser Methode möglich, Krankheitsdispositionen zu erkennen. Die ethischen und sozialen Probleme, die sich im Bereich der vorgeburtlichen Diagnostik ergeben, werden zurzeit jedoch wieder öffentlich völlig ignoriert. Zeit zum Aufwachen.*

Genetische Diagnostik ist ein Zuwachsgebiet der Medizin. Während sich auf der einen Seite prädiktive Gentests um so mehr etablieren, als die Zuordnung genetischer Veranlagungen zu Krankheitsrisiken zunimmt, ist auf der anderen Seite die genetische Frühdiagnostik im Rahmen der Pränataldiagnostik (PND) weiterhin in der Diskussion. Zudem wird immer wieder für die Einführung der genetischen Präimplantationsdiagnostik (PID) in Deutschland plädiert, nachdem diese z. B. in Ländern wie Belgien, Niederlande, Großbritannien und Frankreich angewandt wird. Die ethischen Auseinandersetzungen wurden hier dadurch sichtbar, dass die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages Recht und Ethik in der modernen Medizin in der vergangenen Wahlperiode mehrheitlich gegen, der nationale Ethikrat dagegen mehrheitlich für die (begrenzte) Einführung der PID votierte. In beiden Berichten kann man sich freilich über das Pro und Contra informieren.

#### Problem der Nichtwissenskenntnis

Bei den prädiktiven Gentests, die ein Individuum für sich selbst wählt, liegt das Problem in den Grenzen der Vorhersagbarkeit, vor allem wenn es sich um multifaktorielle Krankheiten (z. B. Krebs) handelt, im Fehlen geeigneter Therapien und in der steigenden Belastung der eigenen Lebensführung durch uneindeutiges Wissen. Die Information über die durch das Wissen zugleich steigende Nichtwissenskenntnis der Fachleute muss hier transparent bleiben, und die Notwendigkeit genetischer Beratung drängt sich immer mehr auf. Die gesellschaftliche Begleitung des medizinischen Fortschritts ist freilich eine teure

**Prof. Dr. Dietmar Mieth, Ordinarius für das Fach Theologische Ethik an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen**

Angelegenheit, die man vielleicht zu wenig einrechnet, wenn man über die Vorteile der Diagnosen spricht.

An einem Gesetz über Gentests wird gearbeitet, wobei die Frage nach Offenlegung der Ergebnisse gegenüber Versicherungen (die ein freiwilliges Moratorium eingegangen sind) und Arbeitgebern beantwortet werden muss. In der EU wird darüber hinaus die Frage des Bevölkerungs-Screenings auf genetische Eigenheiten erörtert (das gibt es bisher in Island und Lettland; eine Untersuchung in Großbritannien ist angedacht), um solches Wissen für die Erforschung von Genomics und Immunstrategien zu nutzen.

#### Ethisch gibt es Vieles zu diskutieren

In diesen Fragen liegt die ethische Diskussion entweder noch voraus oder mitten in der Etablierung. Anders ist dies in der PND, wo die ethische Diskussion der Gesetzeslage nachhinkt. Hier stehen dem Hauptargument der Befürwortung, der in den überwiegenden Fällen erreichbaren, wenn auch partiellen Beruhigung über Befürchtungen, folgende Probleme gegenüber:

- das Problem der Ausweitung der PND bzw. der Etablierung von Mehrfachtests;
- das Problem des direktiven Angebotes in der gynäkologischen Praxis;
- das Problem des Fehlens einer etablierten Institution der nicht-direktiven Beratung (so sehr auch die Humangenetiker auf diese Beratung drängen und darin ausbilden);
- das Problem der steigenden Belastung von Schwangeren mit Ungewissheit, mit Informationen und mit Entscheidungen, die ihnen abverlangt werden (ja oder nein zum Test, ja oder nein nach dem Test);
- das Problem der Ausweitung der medizinisch/mütterlichen Indikation beim Schwangerschaftsabbruch auf die Beurteilung des Lebenswertes eines anderen Lebens;
- das Problem der Spätabtreibungen, das lebensfähige Foeten im Mutterleib erst töten muss, um sie abtreiben zu dürfen (Fetocid);
- das Problem Kind als Schaden, d. h. von erfolgreichen Klagen, nachdem ein als belastet genetisch identifiziertes Kind am Leben blieb;
- das Problem der Diskriminierung von Eltern behinderter Kinder.

Angesichts einer solchen Fülle von Problemen scheint genügend Handlungsbedarf zu bestehen, die Situation durch politische Entscheidungen zu verbessern. Hier scheinen sich zwei Wege aufzutun: Die einen, für welche der Paragraph 218 zum Schwangerschaftsabbruch in seiner mühsam als politischer Kompromiss errungenen Fassung ein Tabu darstellt, sehen in der Einführung der PID, d. h. der Ausweitung der In-Vitro-Fertilisation (IVF) auf genetische belastete Paare, eine Verbesserung, weil die Embryonen im Reagenzglas untersucht und nur die unbelasteten eingepflanzt werden könnten. Ihr Hauptargument ist die geringere mütterliche Belastung, die sie in der IVF im Vergleich zur Option für eine Abtreibung sehen und die geringere moralische Belastung, die sie darin sehen, dass ein Embryo vor dem Mutterleib statt eines schon herangewachsenen Foetus im Mutterleib vernichtet wird.

### *Kühle Planung im Vorhinein*

Dagegen wird eingewandt, dass auch die IVF eine hohe Belastung mit eingeschränkter Geburtenrate darstelle, dass die Option für das Austragen eines beschädigten Lebens wegfällt und durch kühle Planung im Vorhinein ersetzt wird, dass das aus der jedes menschliche Lebewesen umfassenden Menschenwürde abgeleitete Lebensrecht nicht abstufbar sei, dass man zur Einschränkung der IVF plus PID entweder eine diskriminierende Liste oder eine diskriminierende Prozedur (etwa durch die Entscheidung eines Ethik-Komitees) brauche, dass die Embryonen-Selektion, die hier erforderlich wird, den Weg zu einer über die Individuen gesteuerten Eugenik öffne und schließlich, dass die Ausweitung der IVF die abschüssige Bahn von der Diagnose ohne Therapie in die Erforschung der Keimbahntherapie erschließe.

### *Gesetzesinitiative notwendig*

Meines Erachtens überwiegen nicht nur die kritischen Argumente auch wenn nicht alle Kritiker die gleichen Argumente vorbringen, sondern es stellt sich auch die Frage, ob die berechtigte moralische Kritik an Spät Diagnosen im Mutterleib (nicht einmal vorrangig über PND, sondern auch über bildgebende Methoden) nicht zu einer Gesetzesinitiative führen müsste, die den Sinn des Gesetzes (Paragraph 218 f.) gegenüber der nicht vorhersehbaren Praxis eindeutig herausstellt. Denn mit Hilfe von PND sollte ja gerade nicht über den Lebenswert des Kindes entschieden, sondern die Belastung der Mutter berücksichtigt werden. Nimmt man aber den Fall eines Tests mit Abbruchoption bei Chorea Huntington, dann wird über die Belastung ein Leben als lebensunwert entschieden, dass in den elterlich betreuten Jahrzehnten gesund ist. Statt eine belastungswerte Situation bei Entscheidungen am Ende

der Schwangerschaft zu ändern, möchte man sie durch die PID einschränken. Das sieht aber wie ein Weg vom Regen in die Traufe aus, der sich daraus ergibt, dass man den Regenschirm verweigert.

### *Recht auf unbedingte Annahme*

Vom christlichen Standpunkt her gesehen findet die planende Vernunft ihre Grenze in der Anerkennung der Endlichkeit und Fehlerfähigkeit des Menschen. Wer auf das Sosein des Menschen Einfluss nimmt, überfordert letztlich die Möglichkeiten seiner Verantwortung. Zudem ist jeder Mensch von Anfang an (d. h. mit der vollzogenen Verschmelzung von Ei- und Samenzelle) mit dem Lebensrecht, d. h. mit dem Recht auf unbedingte Annahme, ausgestattet.

### *Wer erennt den Menschen zum Menschen?*

Die Versuche, die es in der Politik ebenso wie in der christlichen Ethik gibt, die Schwelle des Menschseins von der Befruchtung auf die Einnistung zu verschieben, können deshalb nicht überzeugen, weil die Entwicklung von Foeten außerhalb des Mutterleibs in Tierversuchen bereits weit fortgeschritten ist und weil das Kind auch weiterhin der Ernährung und Fürsorge bedarf. Wir sollten auch darauf verzichten, den Menschen zum Menschen zu ernennen, um aus pragmatischen Gründen die Menschenwürde nach Bedarf zu verschieben. Diese Position ergibt sich jedoch nicht aus der absoluten Gewissheit, wann der Mensch punktuell beginnt, sondern aus der mangelnden Begründung für spätere Zeitpunkte als die Befruchtung.

### *Soziale Probleme sind technisch nicht lösbar*

Schließlich ist an dieser Stelle noch die soziale Frage des Kinderwunsches zu erörtern. M. E. ist sie mindestens ebenso gravierend wie die Arbeitslosigkeit. Wenn 90 Prozent junger Menschen sich Kinder wünschen, aber nur 50 Prozent sich diesen Wunsch erfüllen können, dann ist etwas faul im Sozialstaat (und in der daraus folgenden demographischen Entwicklung, die manche Politiker wie ein schicksalhaftes Faktum akzeptieren). Die Gründe für die Verschiebung des Kinderwunsches und für die damit beim späten Erstkind steigenden Ansprüche an die qualitative Erfüllung dieses Wunsches sind bekannt. Wann beginnt der Sozialstaat damit, das Übel an der Wurzel zu packen, d. h. für die Vereinbarkeit von Ausbildung und Kinderwunsch zu sorgen, statt den technischen Auswegen zuzusehen, die mehr Probleme mit sich bringen, als sie lösen?

Dietmar Mieth